

Stellungserklärungen abgeleitet hätten, wäre auch meine Situation leichter gewesen."

Schultheiß David John erklärt als Zeuge, daß er als Mitglied der S.P.D. Tradition auf dem app. sozialen Bügel stand und persönlich froh gewesen wäre, wenn der Kamarad schon das Kriegende herbeigeführt hätte. Dente, die in der Fraktion so dachten wie er, seien allerdings in verschwindender Minderheit gewesen.

Auf eine Frage gibt Zeuge zu, daß die Behörden damals davon bestanden haben, daß, wenn der "Vorwurf" weiter urteilt wolle, er sich eine Verteidigung

gelassen lassen müsse, da die Schädigung unter Druck sehr ungeschickt abgetreten. Diese Szenen habe jedoch ungefähr ein Vierteljahr gedauert.

Es gibt zu, daß Ebert sicher keine Sympathie für den Streik hatte.

Auf eine Frage der Verteidigung sagt der Zeuge, man müsse allerdings annehmen, daß wenn der Staat Erfolg gehabt hätte, sich Ebert und Scheidemann auch an die Spiege gehalten hätten wie später im Jahre 1918. Sie hätten dann im Auftrage der Partei so gehandelt oder so handeln müssen. Einwohnerstimme kann der Zeuge allerdings nicht angeben, für diese seine persönliche Meinung.

R.A. Martin: Ist nicht zum Kreditzug gekommen, daß trotz des Kreditzuges die Freiheit der Partei weiterverfolgt werden? Mit Recht erwidert David John: Das versteht sich von selbst.

— Auf eine Frage des Vorstehenden erwidert der Zeuge, daß er zur Unabhängigen Partei gehöre.

Noch einmal Gobert.

Am Schlusse der Sitzung wird noch einmal der Zeuge Gobert aus der Hafte vorgeführt und befragt, ob er seiner Aussage noch etwas hinzuzufügen habe.

Gobert: Ich habe noch sehr viel zu sagen. Ich habe im Januar 1918 noch zwei weitere Stellungserklärungen beigebracht. In der einen Versammlung hatte Leebauer gesprochen. Schon damals habe ich über diese Versammlungen sowie über die Versammlung in Teplice wichtiges Material angeleiert, daß ich an zwei Stellen, die ich nur nenne, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, niedergeschlagen habe.

Vorstehender: Die Öffentlichkeit kann nur ausgeschlossen werden, wenn die Stillekeit oder die Staatsicherheit gefährdet ist.

Gobert: Ich möchte um mein Leben und möchte auch nicht, daß man mir in den Zeitungen nachsagt, ich sei damals Spiegel gewesen.

Der Zeuge überträgt danach dem Vorstehenden schriftlich die beiden Namen, für die er im Januar 1918 Zeugzeuge von den Streikversammlungen geleistet hat und bemerkt dabei, daß der eine zu jener Zeit Stadt-Kommandant gewesen sei.

Danach versucht der Zeuge, dem Gericht einen Vortrag über die "heimliche Unterlandeslehrer der Sozialdemokratie" zu halten, dabei jenen "persönlichen Schneid", den er in jenen feindseligen Tagen des Streites bewirkt haben will, befürchtet hervorhebend, wird aber vom Vorstehenden unterbrochen und da auf hingewiesen, daß der Richter nicht dazu da ist, seine persönlichen Verdienste zu feiern". — Nach der nachstehenden Verteidigung des Zeugen Gobert wird die Sitzung auf Donnerstag verlängert.

Wege der Literaturgeschichte.

Über "Probleme und Richtungen der neuen deutschen Literaturgeschichte" sprach Dr. Richard Hüfner im literarischen Verein. In groen Jügen gab er ein Bild der Entwicklung, die er mit Goethes literaturgeschichtlichen Erzeugnissen in "Dichtung und Wahrheit" beginnen ließ und bis in die neuere Zeit herausführte. Er stellte zunächst die ersten Ansätze sozialistischer Darstellung bei Goethe und Hölderlin und den Übergang zur sozialwissenschaftlich berücksichtigten Methoden Wilhelm Scherer, die einerseits (durch die Erzahltheit der Untersuchung) einen Fortschritt, anderseits (durch das Steckenbleiben in der "Wortschatz"-Festigung) eine Nachdrücklichkeit bedeutete. Die Kunst und Detektiv über den Realismus und Impressionismus, zu jenen Ricardo Hugo und Oscar Wilde — gern in ihren Beziehungen über die Romantik — über Scherer hinaus. Die metaästhetischen Kräfte des dichterischen Schaffens genannt, neben den ästhetischen Lebensbedrohen und neben der perspektivischen Auskunfts, wesentliche Bedeutung. Zu den tief häufigsten Darstellungen Wilhelm Dilthey gelangten sich die grundlegenden Werke Rudolf Hausser ("Humanismus und deutsche Aufklärung"), Max Bemz ("Die Renaissance, das Werkzeug des deutschen Humanismus"), vor allem aber Josef Radetz ("Literaturgeschichte der deutschen Litteratur und Landsäulen") und Gundolf ("Shakespeare und der deutsche Geist", "Goethe" usw.), die auf die künstlerischen Kräfte der Dichtung, auf das geheimnisvolle a priori des dichterischen Persönlichkeit, auf das Zusammenwirken von Landschaft, Seele, Kultur und Volkstum und nicht zuletzt auf die sozialen Beziehungen gedeckten. Überall also ein Wiederholen von einer rein ästhetischen Erstreckung literarischer Probleme (als objektives Gegengesetzte wurde hier Adolf Bartels' christliche Kulturpolitik angesehen), überall ein Hinsetzen zu den primären, verhandlungsfähigen nicht zu umgehenden Urfaktoren.

Dreißig Tage Tschekaprozess.

Leipzig, 26. März.

Um 10. Verhandlungstag im Tsche-

kaeck wird

die Vernehmung des Landgerichts-

direktors Vogt

fortgesetzt. Er hat einen Bericht an der Hohen-
heit zwischen Stobolek und Hel-
mut Voeges habe auch bei der Verteidi-
gung gesagt:

Ja wohl, daß ich der Helmuth.

Bei den weiteren Ausschreitungen kommt es häufig zu Protesten der Verteidigung über die Art der Ausdrucksweise des Zeugen. Offizialverteidiger Dr. Goldstein beantragt, die Anklammlungen der übrigen Verteidiger auszuweichen. Die Reichsanwaltschaft sieht den Protesten ebenfalls abweisend gegenüber, sodass auch die Gerichtsbeschließungen negativ ausfallen.

R.A. Sawier stellt einen neuen Beweis antrag und erzielt im Anschluß daran am Vorlesung neuer Zeugen, die beweisen sollen, daß Neumann ein Trinker und gewalttätiger Mensch war.

Auch soll er schon im Oktober 1923, als die Partei verboten wurde, ausgeschlossen worden sein.

Der Reichsanwalt erzielt, den Beweis antrag schriftlich einzureichen und spricht die Bewunderung darüber aus, daß dieser Antrag sich jetzt nach lebenswichtiger Verclarung gestellt wird.

In der Nachmittagsverhandlung kommt es wiederum zu erheblichen Zwischenfällen.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Held gegen Jarres.

München, 26. März.

Aber den Bericht des Weinges, den Dr. Jarres am Dienstag dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held abstatte, glaubt daß Organ der Bayerischen Volkspartei, die "Augsburger Volkszeitung", mitteilen zu können, daß Dr. Held die Art und Weise, wie die Zeitung des Evangelischen Bundes die Unterstützung der Kandidaten Jarres mit der Gestaltung der Kandidaten Jarres mit der Gestaltung der Kandidaten Jarres und den katholischen Volksstimme verbunden habe. Dr. Jarres gegenüber ausdrücklich bestreitet habe. Das Vorgehen des Evangelischen Bundes gegen die deutschen Katholiken ist nicht vollständig aus, doch Jarres etwa in einem zweiten Abhängigkeit die Unterstützung der bayerischen Katholiken finden könnte.

Der Zeuge überträgt danach dem Vorstehenden schriftlich die beiden Namen, für die er im Januar 1918 Zeugzeuge von den Streikversammlungen geleistet hat und bemerkt dabei, daß der eine zu jener Zeit Stadt-Kommandant gewesen sei.

Danach versucht der Zeuge, dem Gericht einen Vortrag über die "heimliche Unterlandeslehrer der Sozialdemokratie" zu halten, dabei jenen "persönlichen Schneid", den er in jenen feindseligen Tagen des Streites bewirkt haben will, befürchtet hervorhebend, wird aber vom Vorstehenden unterbrochen und da auf hingewiesen, daß der Richter nicht dazu da ist, seine persönlichen Verdienste zu feiern". — Nach der nachstehenden Verteidigung des Zeugen Gobert wird die Sitzung auf Donnerstag verlängert.

Verbot von Hitler-Wahlversammlungen.

München, 26. März.

Die Polizeidirektion München hat die für morgen geplanten nationalsozialistischen Versammlungen verboten, denen Adolf Hitler über das Thema „Die nationale Opposition und die Reichspräsidentenwahl“ sprechen wollte.

Die Regierung von Oberbayern hat die Schwere Adolf Hitlers gegen das politische

bei der Fragestellung der Verteidigung an den Befehlen.

Margies: Ich bitte, dem Zeugen auch einmal eine Blöße zu erzeigen, da er mich schon mehreren mal mit „Buchhändler“ und „Verbrecher“ bezeichnet hat. Ist er dazu berechtigt?

Vorstehender: Ja, er hat das Recht dazu.

Margies: Dann ist er ein großer Lamp.

Vorstehender: Wenn Sie das noch einmal sagen, lasse ich Sie sofort hinausführen.

Margies ist die Auskunft noch einmal, der Vorstehende sieht jedoch von den angefochtenen Maßnahmen ab.

Rahdem die Vernehmung des Zeugen beendet ist, soll

das Protokoll der Vernehmung Voeges verlesen werden; es protestiert die gesamte Verteidigung gegen das.

Infolge Ablehnung dieses Protestes verlässt Voeges seinen Platz auf der Anklagebank, wird jedoch von Sicherheitsbeamten wieder zurückgeführt. Dem Wunsche, ihn abschüren zu lassen, wird vom Vorstehenden widersprochen. Gleichzeitig wird eine Erhöhung der Gebühren vorgeschlagen nicht gedacht werden können.

Zum Schluss nahm der Verwaltungsrat eine Vorlage betreffend einige Änderungen der Postgebühren und Postordnung an, die der kleineren Presse Entlastungen verschafft.

Gelegentlich geäußerte Erwartungen in Beziehung ge-
gangen. Beider Hätten die Gebühren erheblich erhöht werden.

Der im Vorjahr für 1924 vorgebrachte
Budget von 29 Millionen wurde
nicht erreicht werden.

Der Minister wies auf die günstige Wirtschaftlichkeit des Reichsparlaments hin, nämlich des Ver-
waltungsbüros. Jetzt geht es, den Geist der
Wirtschaftlichkeit immer mehr zu Anerken-
nung zu bringen und damit den ehemaligen Sinn
des Reichspostministeriums in seinem letzten Aus-
wirkungen zu erhalten.

Der Frage, wann die Reichspost in die Vor-
kommen werde, Überschüsse an die allgemeine
Reichskasse abzuführen, erwiderte der Minister,
daß für 1924 und 1925 der Vor-
anschlag solche Abgaben nicht vorsehe. Da
Reichspost betrachte es aber als ihre selbstverständ-
liche Aufgabe und ihre nationale Pflicht, das Reich möglichst bald in den Gen-
nug von Posterträgnissen zu leben.

Als Vertreterkeller zum Postamtshof gab
Gode einen Überblick über die gesamte Wirt-
schaftslage der Post und sagte, daß
an eine Erhöhung der Gebühren
vorräufig nicht gedacht werden könne.

Zum Schluss nahm der Verwaltungsrat eine Vorlage betreffend einige Änderungen
der Postgebühren und Postordnung an,
die der kleineren Presse Entlastungen
verschafft.

Die Großhamburger Frage.

Hamburg, 25. März.

In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft gab Bürgermeister Dr. Peterken eine Erklärung der neuen Regierung ab, in der er auch auf die Großhamburger Frage zu sprechen kam, und sagte, es gebe in Hamburg offensichtlich Kreise, die davon glaubten, es bestünde die Möglichkeit, daß Hamburg seine Selbständigkeit aufzugeben könne. Diese Kreise vertraten Hamburg und seine Bündnisse für Deutschland, die es niemals als Teil eines Staates wie Preußen im gleichen Umfang erfüllen könnte. Deutzen müsse auch in Zukunft der Konsolidierungspunkt der den jüdischen Einheiten sein und bleiben und darum unbedingt erhalten werden. Alles was Hamburg von Preußen verlangt, nehme daran Rücksicht. Allerdings müssten die Verhandlungen möglichst bald zum Abschluß gebracht werden. Bleiben die Verhandlungen ergebnislos, dann müsse Hamburg mit einem neuen Plane an die Bürgerschaft herantreten, der zwar Interessen einseitig wahrt, der aber nicht als die natürliche Lösung in deutschem Interesse anzusehen ist, weil er die bestehenden Gegenpflichten nicht löst.

Auseinandersetzung der Wahl?

München, 26. März.

Der "Völk. Kurier" schreibt, daß von nationalsozialistischer Seite die Reichspräsidentenwahl angefochten werden würde, weil die vier heute vorgebrachten nationalsozialistischen Versammlungen von der bayerischen Regierung verboten worden seien. Der Einheitsberater der Versammlungen Dr. Held habe Beschwerde beim Reichsminister des Innern eingezogen.

Die Auswertungsfrage.

Berlin, 26. März.

Zur Auswertungsfrage wird den Zeitungen mitgeteilt, daß die Roten, die darüber in den letzten Tagen erschienen, falsch sind. Eine Darlegung der Stellung der Regierung zu dieser Frage ist baldigst zu erwarten.

Der staunzielle Stand der Reichspost.

Berlin, 26. März.

Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hielt der Reichspostminister Stengel eine Ansprache, die er auch im ehemaligen Reichstag vorgetragen hatte.

Wit 1924 sei das erste Jahr seit dem Inkrafttreten des Reichspostministeriums abgeschlossen.

Die großen und ganzen seien die auf dieses

Zeitalter folgenden Veränderungen. Im alten Reichsrat standen die Bündnisse für Deutschland, die es niemals als Teil eines Staates wie Preußen im gleichen Umfang erfüllen könnte. Deutzen müsse auch in Zukunft der Konsolidierungspunkt der den jüdischen Einheiten sein und bleiben und darum unbedingt erhalten werden. Alles was Hamburg von Preußen verlangt, nehme daran Rücksicht. Allerdings müssten die Verhandlungen möglichst bald zum Abschluß gebracht werden. Bleiben die Verhandlungen ergebnislos, dann müsse Hamburg mit einem neuen Plane an die Bürgerschaft herantreten, der zwar Interessen einseitig wahrt, der aber nicht als die natürliche Lösung in deutschem Interesse anzusehen ist, weil er die bestehenden Gegenpflichten nicht löst.

Im oldenburgischen Landtag wurde der Regierung am Mittwoch durch die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokraten ein Misstrauensvotum gestellt. Man wollte dadurch den Abgang der Regierung herbeiführen. Die Regierung löste nach Annahme des Misstrauensvotums den Landtag auf und verließ mit den Volksparteien und den Deutschnationalen den Saal. Die Einheitsparteien sind der Meinung, daß noch der

Landtag eines Abzweiges.

Oldenburg, 25. März.

Im oldenburgischen Landtag wurde der Regierung am Mittwoch durch die Sozialdemokratie, das Zentrum und die Demokraten ein Misstrauensvotum gestellt. Man wollte dadurch den Abgang der Regierung herbeiführen. Die Regierung löste nach Annahme des Misstrauensvotums den Landtag auf und verließ mit den Volksparteien und den Deutschnationalen den Saal. Die Einheitsparteien sind der Meinung, daß noch der

Landtag eines Abzweiges.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung der Bürgerschaft, daß sie die Regierung nicht mehr unterstützen werde, wenn sie nicht auf die Forderungen der Bürgerschaft eingeht.

Die Regierung erhielt eine Erklärung